



**CDU**

FRAKTION IM  
ERFURTER STADTRAT



#### Finanzen und Wirtschaft:

- ▶ Konsens beim Haushalt

#### Bau und Verkehr:

- ▶ E-Mobilität hinterfragt
- ▶ Hin- und Rückfahrt mit Bus und Bahn?
- ▶ Radwegbau

#### Schulen:

- ▶ Verkehrschaos bei der Thomas-Mann-Schule

#### Stadtrat und Ortsteile:

- ▶ Bizarrer Abschied aus der Stadtratssitzung
- ▶ Mehr Geld für Ortsteile



## Haushalt 2019/20

### Notwendiges mit Blick auf die Zukunft in Angriff nehmen

Der Erfurter Haushalt für 2019 und 2020 wurde am Abend des 20. März 2019 mit breiter Mehrheit und mit wenigen Enthaltungen (Grüne und Bunte Fraktion) beschlossen. Er umfasst ein Gesamtvolumen von rund 884 Mio. Euro. Im Gegensatz zu den Vorjahren konnte ein weitestgehend fraktionsübergreifender Konsens erzielt werden, der verschiedene Facetten der Kommunalpolitik in Erfurt aufgreift und bündelt. Das Umschichtungsvolumen liegt bei circa 2 Mio. Euro.



CDU-Fraktionschef Michael Panse resümierte zunächst, dass solch ein Konsens keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist. In den vergangenen Jahren scheiterten viele CDU-Anträge am Bündnis von SPD,

Linken und Grünen. Diese Kooperation existiert seit der letzten Beigeordnetenwahl in der festen Form nicht mehr. Damit eröffnen sich in diesem Jahr neue konstruktive Wege, einen konsensbasierten Haushalt zu beschließen. Dennoch, Panse verwies in seiner Rede auf "unabweisbare Notwendigkeiten". Ohne Frage sei der Gestaltungsspielraum in den letzten Jahren massiv geschrumpft und wichtige Maßnahmen wurden aufgeschoben. Es mangelte an nachhaltigen Investitionen. Das Thema Schul- und Kita-Sanierung sei nach wie vor vordringlich. Auch die BUGA ist ein großes Thema. Bereits in zwei Jahren ist es soweit. Panse betonte außerdem den hohen Investitionsbedarf im Bau- und Sanierungsbereich, den die CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder forderte. Mit dem nunmehr beschlossenen Haushalt finden sich gute Ansätze in genau diese Richtung, wenngleich in den kommenden Jahren weiterhin enorme Herausforderungen vor Erfurt stehen. "Der

Haushalt 2019/2020 ist kein linker und auch kein rot-rot-grüner Haushalt mehr. Es ist ein Haushalt der Notwendigkeiten. Wir tragen den Haushalt aus den vorgenannten Gründen mit", betonte Panse abschließend in seiner Rede.

Dass letztlich ein solch einmütiger fraktionsübergreifender Konsens mit Blick auf den Haushalt zustande kommen konnte, ist seitens der CDU-Fraktion insbesondere Thomas Pfistner zu verdanken. Der Fraktionsvize und Finanzpolitiker hatte sich im Vorfeld mit den Gesprächspartnern der anderen Fraktionen intensiv damit befasst, die verschiedenen Anliegen zu koordinieren und unter einen Hut zu bekommen. "Wir haben gemeinsam, partnerschaftlich und fair nach Deckungsmöglichkeiten gesucht, um das Gesamtpaket 'Haushalt' auf den Weg zu bringen", erklärte Pfistner. Letztlich fanden sich alle Beteiligten in den gebündelten gemeinsamen Anträgen mit ihren Kernanliegen wieder.

Pfistner stellte die wesentlichen Positionen der CDU-Fraktion für die Jahre 2019 und 2020 in seiner Rede im Stadtrat vor:

- Nach den neusten Erhebungen und der Erstplatzierung beim Crystal-Konsum ist für Erfurt klar, es besteht ein erhebliches Drogenproblem. Die Unterstützung der erfolgreichen Arbeit des Vereins SuPEr e.V. bei der Drogenprävention und der Suchtberatung findet sich mit 60.000 EUR im Haushalt wieder.
- Die Ortsteile werden als dauerhaftes Kernanliegen der CDU-Fraktion mit zusätzlich 240.000 EUR unterstützt. Sollte es in den nächsten Jahren weitere Ortsteile geben, dürfen die Mittel bei bisherigen Ortsteilen nicht gekürzt werden.
- Sowohl Breitensport (300.000 EUR), als auch Spitzensport (300.000 EUR) erhalten Geld. Geplant werden soll eine bundesligataugliche Ballsporthalle. Gleichzeitig soll der Erfurter Sportbetrieb mehr Mittel für Sportstätten und Sportanlagen erhalten. Mit Unterstützung ist bei der Sporthalle auch vom Land Thüringen zu rechnen.
- Auch dem Bedarf bei der Kita-Sanierung will die CDU-Fraktion gerecht werden. Im gemeinsamen Antrag sind mehrere Kitas aufgelistet. Insgesamt ist die Rede von 730.000 EUR. Abgesichert wurden auch die Mittel für den Abriss und Neubau der Kita Bussibär im Jahr 2021. Die eingeplanten Gelder für 2019 können in diesem Jahr nicht genutzt werden und kommen zunächst den besagten Kitas zugute.
- Der Kriminalpräventive Rat erhält ebenfalls mehr finanzielle Unterstützung (2.000 EUR) sowie im Zusammenhang von Graffiti-Projekten (50.000 EUR).
- Konsens konnte darüber hinaus bei der Bereitstellung von Mitteln für die Breitenkultur und die zusätzliche Förderung der Kulturvereine in Höhe von über 200.000 EUR erzielt werden.



- Zuletzt erscheinen aus CDU-Sicht ein Optimierung und eine Entwicklung im Personalbereich notwendig. Dabei sollen insbesondere Mitarbeiter für zukünftige Führungsaufgaben vorbereitet werden.

Zusätzlich brachte die CDU-Fraktion eigene Anträge und Begleitanträge ein:

- Die Erfurter Seen tragen viel Gestaltungspotential in sich. Hier sollen die Planungen vorgebracht

werden, um Freizeitmöglichkeiten zu etablieren und eine touristische Entwicklung voranzubringen.

- Im GVZ wird ein Autohof benötigt. Erste Planungen sollen vorgebracht werden.
- Auch für die Straßenbeleuchtung an der Straße "Zum Nordstrand" soll nun gesorgt werden.
- Ebenso werden Mittel im Bereich der Museumpädagogik bereitgestellt.

## Elektromobilität gesellschaftlich-moralisch hinterfragt

### Prof. Dr. Dr. Hans Pistner

Die Kritik an E-Fahrzeugen wird immer lauter, notierte CDU-Stadtrat Hans Pistner einleitend zu einer Anfrage für die Stadtratssitzung am 20. März 2019. Betrachtet man die Produktion, die Wartung und die Energieeinspeisung, unterscheiden sich E-Fahrzeuge gemäß aktueller Erkenntnisse in der Bilanz kaum bis gar nicht von modernen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor, auch wenn für Gegenteiliges geworben wird. Unterm Strich stellt sich für eine Kommune die Frage, wie effizient und nachhaltig die Anschaffung und Nutzung von E-Fahrzeugen tatsächlich ist.

Zwar wird punktuell, nämlich im innerstädtischen Bereich die Luft nicht durch das Fahrzeug weniger belastet. Das ist jedoch ein Luftreinhalte-Placebo. Der benötigte Strom wird ja hierzulande nach wie vor in großen Teilen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe gewonnen, die dann lediglich an anderer Stelle die Belastung der Luft erhöhen. Die Schadstoffbilanz von E-Fahrzeugen sollte daher gesamthaft betrachtet werden.

Ein besonderes Augenmerk fällt sodann auf die Produktion der Akkus und die Förderung u.a. von Lithium oder Kobalt als Bestandteile der Akkus von E-Fahrzeugen. In Ländern wie Chile oder dem Kongo hat der Abbau der Rohstoffe nicht nur einen beträchtlichen proble-

matischen Einfluss auf die Ökologie, sondern hat auch erhebliche infrastrukturelle und soziale Auswirkungen (Zerstörung von Landschaften, Bedrohung von Tier- und Pflanzenarten, Senkung des Grundwasserspiegels, Gefährdung indigener Bevölkerungsgruppen). Das ZDF berichtete über diese Zusammenhänge ausführlich.

Scheinbar unreflektiert werden E-Fahrzeuge dennoch glorifiziert, anstatt auch diese durchaus wesentlichen Hintergründe zu beleuchten. Für Lebensmittel und verschiedene andere Produkte gibt es inzwischen zahlreiche Gütesiegel, z.B. Bio, Fair-Trade etc. Eine Einstufung einer Güteklasse von Akkus für E-Fahrzeuge leider bisher nicht bekannt. Der schöne Anschein der E-Mobilität hat also Schattenseiten.



Es stellen sich daher Fragen moralischer Art, die in der Öffentlichkeit kaum diskutiert werden. Pistner hat dabei die Stadt Erfurt als Kommune im Blick. Als öffentliche Behörde hat sie neben den regulären Belangen einer Verwaltung einer

Stadt auch Vorbildwirkung und eine entsprechende Verantwortung – u.a. auch in der umstrittenen Frage der E-Mobilität. Hier muss es Abwägungen geben, was die tatsächliche Schadstoffbilanz sowie deren soziale Bilanz (Produktion, Rohstoffbeschaffung etc.) solcher Fahrzeuge betrifft. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit sollte offener diskutiert werden. So ausführlich die Anfrage auch gestellt wurde, umso knapper fiel die Antwort aus. Der Oberbürgermeister bestätigte selbstverständlich, dass die ökologischen und wirtschaftlichen Kriterien abgewogen werden. Das ist loblich. Auf die Details wurde nicht weiter eingegangen. Pistner stellte in der Stadtratssitzung fest, dass dahingehend ein positiver Effekt der städtischen E-Fahrzeuge besteht, dass Schadstoffe in der Stadt direkt reduziert werden können. Inwiefern solche Fahrzeuge im weiteren Sinne vor den genannten Hintergründen gesellschaftlich-moralisch vertretbar sind, blieb jedoch unbeantwortet. Gewiss sei die Suche nach Alternativen zu fossilen Brennstoffen langfristig notwendig, hielt Pistner fest, jedoch müsse man Brückentechnologien, denen es an tatsächlicher Nachhaltigkeit noch fehlt, kritisch im Blick behalten. ◀◀

## 60-Minuten-Ticket für mehr Leben in der Innenstadt

### Rowald Staufenbiel

Die Erfurter "Begegnungszone" für die Innenstadt ist nach wie vor ein heikles und umstrittenes Thema. In der Bevölkerung und beim Innenstadthandel wird sie durch die Folgen ihrer Umsetzung vielmehr als Parkverbotszone betrachtet. Ursprünglich sollte sie der Innenstadtentwicklung helfen. In der aktuellen Umsetzungsweise sieht es sichtbar ganz anders aus. Rowald Staufenbiel griff die Problematik in einer Anfrage in der Stadtratssitzung vom 20. März auf. In der Innenstadt bzw. in deren näherem Umfeld fehlen demnach weiterhin öffentliche Parkplätze. Anwohner und Bürger müssen bei der Parkplatzsuche oft weite Wege zurücklegen. Dies erzeugt per se mehr Ausstoß von Abgasen, als wenn schnell ein Parkplatz gefunden werden kann.

Inzwischen werden verschiedene Ansätze diskutiert, wie man das Grundanliegen der Begegnungszone noch retten könnte. Einer davon ist der Ruf nach mehr Parkmöglichkeiten. Aber auch im Bereich des ÖPNV könnten Angebote ge-

schaffen werden, die einer beruhigten und klimagerechten Innenstadt förderlich wären und eine flexible Erreichbarkeit garantieren würden. Rowald Staufenbiel erinnert dabei an eine alte Tarifform, die in Erfurt vor einigen Jahren schon existierte, nämlich ein 60-Minuten-Ticket für die Straßenbahn und den Bus, das sowohl Hin-, als auch Rückfahrten ermöglicht. Warum sollte man dazu nicht also zurückkehren, fragt Staufenbiel den Oberbürgermeister.

Die Antwort fiel unzureichend aus und ging laut Staufenbiel sogar am Thema vorbei. Zunächst verwies der Oberbürgermeister auf die Bestimmungen des Verkehrsverbundes Mittelthüringen (VMT), was auch der Fall beim CDU-Vorschlag eines Kurzstreckentickets war. Jedoch müsste für die Rückfahrtoption innerhalb der tariflichen Zeitbestimmung von einer Stunde kein neuer Tarif geschaffen, sondern lediglich die Rückfahrt ermöglicht werden. Diese Entscheidung läge laut Staufenbiel beim VMT-Teilnehmer, in diesem

Fall den Erfurter Verkehrsbetrieben, selbst. Die Erweiterung ohne Richtungsbindung soll jedoch laut Auskunft des Oberbürgermeisters nicht machbar sein und helfe schon gar nicht, die Klimaziele zu erreichen. Gegenteiliges wäre jedoch der Fall: Es würde der Begegnungszone nützen, um beispielsweise mehr Kaufkraft ohne Autos in die Innenstadt zu locken und die Attraktivität des ÖPNV in Erfurt insgesamt steigern. Und wie eingangs erklärt, ist es u.a. das Ziel der Begegnungszone, zum Klimaschutz beizutragen. Ein solches Ticket ohne Richtungsbindung und mit Rückfahrtoption könnte ein Puzzleteil dieses Ganzen sein. Dies wird in der Beantwortung des Oberbürgermeisters so differenziert nicht bedacht. Die Zielrichtung müsste eigentlich sein, sich diesbezüglich mit dem mit den Erfurter Verkehrsbetrieben in Verbindung zu setzen. Besteht die Möglichkeit einer Wiedereinführung eines solchen erweiterten Tickets? Offenbar leider nicht. ◀◀



## Entschärfung Verkehrschaos vor der Thomas-Mann-Grundschule

### **Michael Hose**

Aufgrund des wöchentlichen Freitagsgebetes in den Räumen der muslimischen Gemeinde kommt es nachmittags vor der nahegelegenen Thomas-Mann-Grundschule (Hallesche Straße) regelmäßig zu einer unübersichtlichen und gefährlichen Verkehrssituation. Das erhöhte Verkehrsaufkommen und die Parkplatzknappheit führen dauerhaft zu einem hohen Konfliktpotenzial für alle Beteiligten. Stadtrat Michael Hose hat auf Nachfrage der Schulleitung in der

Stadtratssitzung am 20. März 2019 eine Anfrage zu diesem Thema eingebracht. Zur Lösung der Situation schlug Hose eine regelmäßige Verkehrsüberwachung durch das Bürgeramt und die Schaffung von weiteren Parkplätzen vor. Die Verwaltung hingegen sieht mit der Straße keine verkehrsrechtlichen Sonderstatus verbunden, der einen Kontrollschwerpunkt für die kommunale Verkehrsüberwachung vorsieht, da sich die Parkplatzsituation nicht im Wesentlichen von anderen innenstädtischen Straßen

unterscheidet. Der Beigeordnete Andreas Horn erkennt die Situation an und sicherte zur Prävention von Konfliktsituationen eine Überwachung des Verkehrsraumes im Rahmen einsatzrelevanter Aspekte und personeller Ressourcen zu. "Es ist wichtig, dass wir an sensiblen Orten wie Gebetsräumen und Schulen versuchen, Konflikte zu vermeiden. Eine regelmäßige Bestreifung des Bürgeramtes ist der richtige Weg", so Michael Hose abschließend. ◀◀

## Mit dem Neuen Nordhäuser Bahnhof den Radweg umbauen

### **Dominik Kordon**

Mit den Plänen für den neuen Nordhäuser Bahnhof soll ein barrierefreier Zugang zum neuen Bahnhofstestelle entstehen und über einen Fahrstuhl und eine Brücke über den getrennten liegenden Bahnsteigen bzw. durch eine Rampe erschlossen werden. Fraglich ist, ob im Zuge dieser Planungen ebenfalls der dort vorhandene Radweg

mit umgebaut werden soll und mit welchen Kosten dieses verbunden wäre. Dafür setzt sich Dominik Kordon ein. Mit einer Anfrage zu diesem Thema griff er am 20. März 2019 in der Stadtratssitzung die wiederkehrenden Beschwerden und Sicherheitsbedenken der Bürger vor Ort auf. Laut der Stellungnahme der Stadtverwaltung wurde in den Jahren 2017/18 für dieses

Projekt eine Machbarkeitsstudie einschließlich einer Potenzialanalyse erarbeitet. Diese Studie wird aktuell noch geprüft. Kordon ließ die Anfrage in den Stadtentwicklungsausschuss verweisen, um die Realisierung des Radweges bei der Planung zu sichern. ◀◀

## "Die Ortsteile werden mehr Geld erhalten – damit stärken wir die ganze Stadt"

### **Michael Hose**

Die Gemeinde ist laut Thüringer Kommunalordnung verpflichtet den Ortsteilen zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanzielle Mittel in angemessenem Umfang in der Haushaltssatzung zur Verfügung zu stellen. Beschließt der Gemeinderat keine abweichende Festsetzung, entspricht ab Beginn des Haushaltsjahres 2019 die Höhe dieser finanziellen Mittel fünf Euro je Einwohner im Ortsteil (mit Ortsteilverfassung) zum 31. Dezember des jeweiligen Haushaltsjahres. Michael Hose stellte in der Stadt-

ratssitzung am 20. März 2019 Nachfragen an, ob und in welcher Höhe die Stadt Erfurt diesen finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Ortsteilen nachkommt. Im Durchschnitt bezahlt die Stadt einen Betrag von 4,11 Euro an die einzelnen Ortsteile, dennoch erhält nicht jeder Ortsteil gleich viel. Dörfliche Ortsteile wie Kerspleben, Hochheim und Stotternheim kommen hinsichtlich einer finanziellen Förderung seitens der Stadt schlechter weg. "Die Stadt hält sich mit dem Unterschreiten des Förderbetrages von fünf Euro nicht an

die vorgegebenen Regelungen des Landes. Das ist nicht akzeptabel, da eine Investition in die Ortsteile ebenfalls eine Förderung für die ganze Stadt ist. Mit dem Änderungsantrag der CDU bekommen die dörflichen Ortsteile nun mehr finanzielle Unterstützung. Dafür machen wir uns weiter stark. Die Anliegen der Ortsteile müssen im Fokus politischen Handelns sein und bleiben", betonte Hose abschließend. ◀◀



## So schön ist Äthiopien

Diese kleine Anekdote sei am Ende gestattet. Die letzte Stadtratssitzung am 20. und am 21. März hatte wieder einmal Skurriles und Besonderheiten zu bieten. Nochmals sei die Einmütigkeit erwähnt, mit der der Haushalt beschlossen wurde. Nach jahrelanger ideologielastiger rot-rot-grüner Blockabstimmung wurde beim Beschluss dieses Haushaltes durch Sachlichkeit, tatsächlichem Gestaltungswillen und gezielter Kommunikation auf Augenhöhe ein beachtlicher Konsens erzielt. Das macht die Haushaltslage der Stadt gewiss nicht besser, aber es zeigt, dass kommunalpolitische Arbeit besonders dann möglich ist, wenn ideologische Scheuklappen und Schubladendenken außen vorgelassen werden.

Was hat das aber mit Äthiopien zu tun? Der erste Sitzungstag wurde abends gegen 22 Uhr abgebrochen und auf den Donnerstag vertagt. Leider wurde dadurch die Teilnahme der Ratsmitglieder reduziert. Die CDU-Fraktion drängte vergeblich darauf, die Mittwochssitzung direkt fortzusetzen. Die Sitzung wurde an beiden Tagen durch den Grünen-Fraktionsvorsitzenden Alexander Thumfart geleitet. Er sorgte am Ende der Donnerstagsitzung für einen kleinen Eklat. Zunächst beklagte er sich darüber, dass die Beschlussfähigkeit nicht mehr festgestellt werden könne, da einzelne Mitglieder den Saal verließen, u.a. um Menschliches zu verrichten. Das ist normal. Thumfart nahm dies zu Anlass, das Ende der Sit-

zung anzudrohen, obwohl die Beschlussfähigkeit satzungsgemäß durchaus noch gegeben war – wenn gleich sehr knapp.

Nach einer Beratung Thumfarts mit den Fraktionsvorsitzenden machte sich Thumfart als Tagungsleiter selbst zum Zünglein an der Waage. Es brauchte nur einen Stadtrat weniger, um die Beschlussunfähigkeit einzuläuten. Dies gelang ihm durch seine Ankündigung, die Sitzung zu verlassen. Er müsse den nächsten Tag nach Äthiopien fliegen und hätte keine Zeit mehr. Vielleicht ist dies muster- gültig für die verprellten Grünen im Erfurter Stadtrat nach dem Bruch der rot-rot-grünen Kooperation: Laissez-faire und fehlende Verantwortung. ◀◀

## KALENDER:

### April 2019

- ▶ 08. April 2019  
Fraktionssitzung
- ▶ 10. April 2019  
Stadtratssitzung
- ▶ 29. April 2019  
Fraktionssitzung

### Mai 2019

- ▶ 06. Mai 2019  
Fraktionssitzung
- ▶ 20. Mai 2019  
Fraktionssitzung
- ▶ 22. Mai 2019  
Stadtratssitzung
- ▶ 26. Mai 2019  
Stadtratswahl



### TERMINE ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

**7. Mai 2019**

Abgabebeschluss für Einwohneranfragen zur Stadtratssitzung am 22. Mai 2019

**Bis 12. April 2019**

Einreichen von Wahlvorschlägen für die Ortsteilratswahlen 2019.

### WO, WIE, WAS IN ERFURT

#### Bürgerauskunft:

- 0361 / 655 – 5444

#### Sprechstunde:

- Bürgerbeauftragte:  
0361 / 655 – 1005

#### Besuchermanmeldung für die Stadtratssitzung:

- 0361 / 655 – 2002
- 0361 / 655 – 2003

#### Wahlbehörde:

- 0361 / 655 – 1497

Quelle: [www.erfurt.de](http://www.erfurt.de)

### CDU – ANSPRECH- PARTNER IN ERFURT:

#### CDU-Kreisgeschäftsstelle

Wenigemarkt 17,  
99084 Erfurt  
Tel.: 0361 / 644 2 644  
[info@cdu-erfurt.de](mailto:info@cdu-erfurt.de)  
[www.cdu-erfurt.de](http://www.cdu-erfurt.de)

#### Marion Walsmann, MdL

Bahnhofstraße 8  
99084 Erfurt  
Tel.: 0361 / 666 34 11  
[info@walsmann.de](mailto:info@walsmann.de)  
[www.walsmann.de](http://www.walsmann.de)

#### Antje Tillmann, MdB

Brühler Straße 4,  
99084 Erfurt  
Tel.: 0361 / 644 78 57  
[antje.tillmann@wk.bundestag.de](mailto:antje.tillmann@wk.bundestag.de)  
[www.antje-tillmann.de](http://www.antje-tillmann.de)

### IMPRESSUM:

#### CDU-Stadtratsfraktion

Vorsitzender: Michael Panse  
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Tel.: 0361 / 655 - 2011  
Fax: 0361 / 655 - 2019

[www.cdu-fraktion-erfurt.de](http://www.cdu-fraktion-erfurt.de)  
[cdu-fraktion@erfurt.de](mailto:cdu-fraktion@erfurt.de)

V.i.S.d.P., Layout, Redaktion:  
Simone Bergmann  
Dipl. Theol. Alexander Hein  
Cindy Vetter



#### FACEBOOK:

<http://www.facebook.com/cdustadtratsfraktion.erfurt>